

**„Mit Kindern Kasse machen“ - Ein Jahr**

**Untersuchungsausschuss**

Zwischenbilanz der CDU-Fraktion zur

Aufarbeitung des Gelsenkirchener

Jugendamtsskandals

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
I. Neustart Kft.....	6
I.1. <i>Eigentumsverhältnisse und Nebentätigkeit</i> .....	6
I.2. <i>Kooperationen</i> .....	11
I.3. <i>Aufenthalt und Betreuung von Jugendlichen in Pécs</i> .....	13
II. Reiterhof Tekeres in Orfü.....	15
III. Deutscher Kinderschutzbund, Ortsverein Gelsenkirchen (DKSBG).....	19
III.1. <i>Zusammenarbeit mit Neustart KfT</i> .....	19
III.2. <i>Mehrfache Interessenskollision</i> .....	21
IV. Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef.....	24
IV.1. <i>Kooperation mit Neustart</i> .....	24
V. Aufarbeitung mit erheblichen Geburtsfehlern.....	31
<b>Fazit</b> .....	<b>37</b>

## Vorwort

Vor etwas mehr als einem Jahr löste die ARD-Sendung MONITOR mit dem Bericht „Mit Kindern Kasse machen“ ein politisches Beben in unserer Stadt aus. Am 30. April 2015 berichtete MONITOR, dass der Gelsenkirchener Jugendamtsleiter Alfons Wissmann und sein Stellvertreter Thomas Frings in Ungarn die Firma Neustart Kft für sogenannte „Intensivpädagogische Maßnahmen“ gegründet und betrieben haben. Pädagogische Konzepte habe es dort aber nicht gegeben, sondern die lukrativen Auslandsunterbringungen hätten vielmehr dem persönlichen Vorteil gedient. Wissmann und Frings hätten gezielt die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef deutlich überbelegt, damit von dort Kinder nach Ungarn geschickt werden.

Mehr als ein Jahr später wissen wir mit Sicherheit, dass zwischen 2005 und 2008 insgesamt neun Jugendliche in der Einrichtung in Pécs waren – acht aus Gladbeck, ein Jugendlicher aus Herne –, die mit einer Ausnahme auch in St. Josef in Gelsenkirchen untergebracht waren. Abgerechnet wurde die Maßnahme zur Verschleierung über den Deutschen Kinderschutzbund, Ortsverein Gelsenkirchen (DKSBG), dessen zweiter Vorsitzender Frings war.

Mit dem Skandal offenbart sich ein komplexes Beziehungsgeflecht, das wir heute als „Pécs-Connection“ bezeichnen und das Wissmann und Frings ihre Geschäfte erst ermöglichte.

Und es hatte erhebliche Weiterungen über die Neustart Kft hinaus, wie die weitere Aufklärungsarbeit gezeigt hat: In den Fokus rückte hierbei auch Hans-Jürgen Meißner, ehemaliger stellv. Jugendamtsleiter, langjähriger Vorsitzender des AWO-Unterbezirks Gelsenkirchen und SPD-Funktionär, der zusammen mit Wissmann an städtischen Ferienfreizeiten auf dem Reiterhof Tekeres verdiente.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Jürgen Meißner nahm seit Juli 1989 die Aufgaben des stellvertretenden Amtsleiters wahr. Sein Dienstverhältnis bei der Stadt endete mit dem 31. August 2006, allerdings befand er sich im Zuge einer Altersteilzeitregelung bereits seit März 2004 in der sogenannten Freizeitphase; Drs. 14-20/1684, 7.7.2015.

Mehr als ein Jahr nach Bekanntwerden des Skandals nutzen wir die Gelegenheit, und ziehen Zwischenbilanz: Vom Beginn, an dem die Ratsmehrheit der SPD überraschend zögerlich wirkte und sich offenbar damit zufriedengeben wollte, dass Wissmann und Frings sozusagen als „Einzeltäter“ aus ihren Führungspositionen in der Stadtverwaltung entfernt wurden. Über die Anfänge und den Prozess der Aufklärung, bei dem auch für die CDU-Fraktion feststand, dass der Rat der Stadt unverzüglich einen Untersuchungsausschuss zum Jugendamtsskandal einrichten sollte, um die dringend notwendige und umfassende politische Ermittlungs-, Aufklärungs- und Aufarbeitungsarbeit zu leisten. Bis hin zum aktuellen Stand, ein Jahr nach MONITOR.

Wichtig war für uns dabei nicht zuletzt die Frage, mit welcher Qualität und Kompetenz im Ausschuss gearbeitet werden kann. Teil des inhaltlichen Auftrags war für uns die umfängliche und vorbehaltlose Aufklärung in der Sache Wissmann/Frings. Dazu gehörte auch, welche Umstände zur damaligen Nebentätigkeitsgenehmigung an Referatsleiter Wissmann führten. Wer wusste was wann? Wer hätte es wissen müssen? Wer hätte es wissen können?

Mehr als ein Jahr später sind aus unserer Sicht immer noch viele Hintergründe unklar. Umso unverständlicher erscheint es, dass die SPD-Mehrheit im Rat nun auf ein baldiges Ende des Untersuchungsausschusses drängt.

Wir fragen uns: Wie steht es um den von ihr stets propagierten Aufklärungswillen? Die Tatsache, dass die Hauptakteure des Jugendamtsskandals – Wissmann, Frings und Meißner – allesamt SPD-Mitglieder waren, rechtfertigt es gewiss nicht, von einem SPD-Skandal zu

sprechen. Aber hätte nicht gerade dieser Umstand, von der SPD verlangt, sensibler mit dem Thema der Aufarbeitung umzugehen?

Mehr als ein Jahr nach MONITOR berichten wir über einen Aufklärungsprozess, der noch viele Fragen offenlässt.

## I. Neustart Kft

### I.1. Eigentumsverhältnisse und Nebentätigkeit

Im Jahr 2004 entwickelten Jugendamtsleiter Alfons Wissmann und sein Stellvertreter Thomas Frings nach eigenen Angaben die Idee, eines intensivpädagogischen Konzepts „mit hoher pädagogischer Dichte. Dieses sollte im Ausland sein, um jungen Menschen in einem neuen Setting einen Neustart zu ermöglichen“.<sup>2</sup> Zu diesem Zweck erwarben Wissmann und Frings im ungarischen Pécs eine Immobilie mit zwei Häusern, die sie einrichteten, sowie einen PKW.

Am 11. November 2004 gründeten Wissmann und Frings für ihr Vorhaben die Neustart Kft (Anm.: Die ungarische Gesellschaftsform Kft. entspricht in etwa einer deutschen GmbH), deren Eintragung ins ungarische Handelsregister am 4. Januar 2005 erfolgte.<sup>3</sup> Erst nach der Gründung stellte Alfons Wissmann am 24. November 2004 einen Antrag auf Genehmigung einer Nebentätigkeit als Geschäftsführer der Neustart Kft. In einer für die Nebentätigkeit nötigen Stellungnahme vom 26. November 2004 erklärte der zuständige Vorstand, Stadtdirektor Dr. Manfred Beck, es bestünden keinerlei Bedenken gegen die Nebentätigkeiten. Am 15. Dezember 2004 wurde deshalb die Genehmigung erteilt.

#### **War der Stadtdirektor zu vertrauensselig?**

Dr. Beck erschien es nach eigener Aussage im Untersuchungsausschuss „plausibel, dass ein Fachmann wie er an der inhaltlichen Konzeptentwicklung zur intensivpädagogischen Betreuung Jugendlicher mitarbeitet“<sup>4</sup>, denn so habe ihm Wissmann die Nebentätigkeit erklärt. Gesprächsdetails wollte er im Ausschuss indes nicht äußern. Laut Antrag wollte Wissmann fünf bis sieben Stunden wöchentlich für eine Geldpauschale tätig werden.<sup>5</sup> ***Da Wissmann als Referatsleiter doch wohl ohnehin ein erhebliches Arbeitspensum zu***

---

<sup>2</sup> Stellungnahme von Herrn Alfons Wissen, Presseerklärung zur MONITOR-Berichterstattung vom 30.4.2015 „Mit Kindern Kasse machen“, in: ebd. S. 11.

<sup>3</sup> Niederschrift AFHJ, 12.6.2015, o. S.; am 28.6.2010 erfolgte die Übertragung der Anteile und die Umfirmierung in die Kar-Gon Invest Kft. (neue Gesellschafter: H. Gonda/ H. Karsner).

<sup>4</sup> Zit. n. „Hampe bremste Nebentätigkeit aus“, in: WAZ, 15.4.2015.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda.

***stemmen hatte, erscheint uns dies als ein bemerkenswerter Zeitaufwand für eine Nebentätigkeit.***

Dass die ersten Maßnahmen in Pécs schon vor Januar 2005 liefen, will Dr. Beck nicht gewusst haben. Auch seien ihm die Eigentumsverhältnisse nicht bekannt gewesen. „Ich hätte das nicht genehmigt, wenn ich gewusst hätte, dass Alfons Wissmann eine eigene Einrichtung betreibt“, behauptete er im Nachhinein.<sup>6</sup>

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familien am 12. Mai 2015 hatte Dr. Beck erklärt, dass er „14 Jahre eng mit Herrn Wissmann zusammengearbeitet und gemeinsam eine Erziehungs- und Bildungskette aufgebaut“ habe, „die in der Fachwelt einen exzellenten Ruf habe und entsprechend dafür ausgezeichnet worden sei“. Bis zur MONITOR-Sendung habe er sich nicht vorstellen können, dass Wissmann „dieses Vertrauensverhältnis in einer solchen Form missbrauche“.<sup>7</sup>

***Diese Aussage überrascht: Wissmann hatte ja – wenn wir Dr. Beck's Schilderungen glauben dürfen – bereits das Vertrauensverhältnis dadurch beschädigt, dass er bei Antragstellung im November 2004 seinen Vorgesetzten über die eigene Rolle bei der Neustart allzu sehr im Unklaren gelassen hatte, wie sich knapp drei Monate später auch für Dr. Beck ersichtlich herausstellte.***

Denn kritischer als Dr. Beck hatte jedenfalls das Referat 10 (Personalangelegenheiten) nachgehakt, als im Februar 2005 – also einen Monat nachdem die Neustart Kft bereits ihre Arbeit aufgenommen hatte – auch Thomas Frings einen Antrag auf Genehmigung einer Nebentätigkeit stellte. Ausgerechnet Wissmann hatte den Antrag zur Genehmigung als zuständiger Vorgesetzter freigegeben. Die Personalverwaltung hakte nach. Aus dem daraufhin von Frings eingereichten Protokoll einer Gesellschafterversammlung war zu entnehmen, dass er und Wissmann Gesellschafter und Geschäftsführer der Neustart Kft waren.

---

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Niederschrift KJF, 12.5.2015, S. 6

Der damalige Rechts- und Personaldezernent, Joachim Hampe, berichtete im Ausschuss, drei Stichworte in der Übersetzung seien ihm vom damaligen Vorgang erinnerlich: Resozialisierung, GmbH und Jugendhilfemaßnahme. „Da war mir klar, dass das gewinnorientiert ist, und das ging nicht“, so Hampe wörtlich. Wissmanns Stellungnahme zu Frings Nebentätigkeitsantrag wurde nicht anerkannt, da er befangen sei. Außerdem warf Hampe in Richtung Dr. Beck die Frage auf, ob bei Wissmann nicht doch eine Interessenkollision aufgrund des Unternehmenszweckes bestehe. Das Referat 10 kündigte an, auf der Grundlage einer Stellungnahme von Dr. Beck entscheiden zu wollen, ob die erteilte Genehmigung für Wissmann widerrufen werden müsse.<sup>8</sup>

In einer Unterredung mit Beck versicherte Wissmann, dass bei der Neustart Kft keinerlei Zusammenhang mit Angeboten, Diensten und Leistungen der Stadt Gelsenkirchen bestehe. Wissmann bat um Empfehlung, ob er und Frings auch als Gesellschafter aussteigen sollten und gab seine

Nebentätigkeitsgenehmigung zurück. Er werde seine Tätigkeit für die Neustart Kft beenden. Frings zog an demselben Tag seinen Antrag zurück. Die Personalverwaltung aber kam zu dem Ergebnis, dass Wissmann sein dienstliches Fachwissen für Fördermöglichkeiten der Projekte der Neustart Kft und seine dienstlichen Kontakte für die Rekrutierung der untergebrachten Personen nutzen könnte. Die betrieblichen Ziele seien auf die Interessenlage des Referates ausgerichtet, so dass eine Interessenkollision und möglicherweise sogar eine Vorteilsnahme, nicht auszuschließen seien – und dies gelte für die Geschäftsführer- und die Gesellschaftertätigkeit.<sup>9</sup>

Bei Wissmann liest sich dies so: „Nach einem Gespräch mit meinem Vorgesetzten habe ich die Nebentätigkeitsgenehmigung am 7.3.2005 zurückgegeben, aber auch mitgeteilt, dass Herr Frings und ich weiterhin Vermieter bleiben.“<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> „Chronologie einer Nebentätigkeit“, in: waz.de  
<<http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/chronologie-einer-nebentaetigkeit-page2-id10640739.html#plx932804150>>.

<sup>9</sup> Vgl. „Hampe bremste Nebentätigkeit aus“, in: WAZ, 15.4.2015.

<sup>10</sup> Stellungnahme Wissmann.

**Wie ging es mit Neustart weiter?** Seinen Gesellschafteranteil übertrug Wissmann am 1. April 2005 auf seine Frau Regina Dinter-Wissmann, „die auch die deutsche Geschäftsführerin war. Die Aufgabe erstreckte sich [...] auf die Kontrolle der ungarischen Geschäftsführung und Jahresbudgetplan [sic!]“<sup>11</sup>. Thomas Frings übertrug seinen Firmenanteil erst am 6. Juni auf seinen Bruder Klaus Benno Frings. Ebenso wie Dinter-Wissmann hielt er seinen Anteil bis zum 28. Juni 2010.<sup>12</sup> Gleichwohl griff Wissmann nachweislich auch später noch operativ in die Arbeit in Pécs ein und gab per E-Mail Anweisungen.<sup>13</sup>

Hatte das jahrelange Vertrauensverhältnis zu Wissmann, auf das sich Dr. Beck heute immer wieder beruft, nicht durch Wissmanns evidenten Täuschungsversuch zumindest spürbare Kratzer erhalten? Wäre es deswegen nicht ratsamer gewesen, den weiteren Werdegang der Neustart Kft im Auge zu behalten, anstatt Wissmanns Beteuerungen einfach zu vertrauen? Wäre das nicht naheliegend gewesen? Im März 2005 war jedenfalls klar, um welche Geschäftsidee es bei der Neustart Kft ging, und wie eng sie mit den Personen Wissmanns und Frings verknüpft war. Auch dass Wissmann und Frings dem Projekt weiterhin als Vermieter verbunden bleiben wollten, war bekannt. ***Hätte Dr. Beck mit einem kritischeren Blick und Nachfragen also nicht mehr wissen müssen?***

Und war nicht schon allein deshalb eine erhöhte Sensibilität und Wachsamkeit bei Nebentätigkeitsgenehmigungen geboten, weil Ende 2004 das Thema Nebentätigkeiten insgesamt in den öffentlichen Fokus geraten war? Der damalige städtische Sportbeauftragte stand wegen seiner Nebentätigkeit als Sicherheitsbeauftragter des FC Schalke 04 im öffentlichen Rampenlicht. SPD- und CDU-Fraktion hatten daraufhin im Jahr 2005

---

<sup>11</sup> Ebenda.

<sup>12</sup> Niederschrift 12.6.2015, o. S.

<sup>13</sup> [https://presse.wdr.de/ploung/wdr/programm/2015/05/20150510\\_jugendamtsleiter.html](https://presse.wdr.de/ploung/wdr/programm/2015/05/20150510_jugendamtsleiter.html); Bericht der BDO-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die forensische Sonderuntersuchung „St. Josef“ im Mai/Juni 2015 bei der St. Augustinus Heime GmbH, Gelsenkirchen, S. 19.

Akteneinsicht zu den Nebentätigkeiten städtischer Beschäftigter beantragt. Die SPD begnügte sich damals mit der Einsicht in elf Akten – die Akte des Jugendamtsleiters war nicht darunter –; ihr ging es offenbar eher darum, sich am ehemaligen Oberbürgermeister Oliver Wittke abzuarbeiten, anstatt eigene Parteigänger kritisch unter die Lupe zu nehmen.<sup>14</sup> Zwar gehörte zu den rund 40 Akten, die seinerzeit der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Werner Wöll, im Februar 2005 zu sehen bekam, sehr wohl Wissmanns-Akte – genauer gesagt: deren Deckblatt. Aber es ist mehr als wohlfeil, wie der SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Haertel daraus an Werner Wöll die Frage abzuleiten: „Und sie haben nichts gewusst und nichts gemerkt?“<sup>15</sup>

**Das Gegenteil ist richtig:** Die CDU hat nachgehakt – und ihr wurde beschieden, dass alles seine Ordnung habe. Ende April 2005 fragte Wolfgang Heinberg im Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss (HFBP) für die CDU-Fraktion, welche tatsächliche Tätigkeit sich hinter der Deckblattbezeichnung „Geschäftsführer einer ausländischen Kapitalgesellschaft“ verbirgt – Wöll war die Formulierung bei seiner Aktensicht komisch vorgekommen. Die Antwort darauf ließ fast ein halbes Jahr auf sich warten.

Dann hieß es in einer nichtöffentlichen Stellungnahme der Verwaltung für die Sitzung im Oktober 2005, aus der Oberbürgermeister Frank Baranowski im öffentlichen Teils des Untersuchungsausschusses im April 2016 jetzt zitierte: „Der zuständige Vorstand und die Dienstkraft haben bestätigt, dass durch die Wahrnehmung der Nebentätigkeit dienstliche Belange nicht berührt werden. [...] Die Nebentätigkeitsgenehmigung wurde [...] zurückgegeben. Die Nebentätigkeitsgenehmigung ist damit erloschen. Nebentätigkeitsrechtlich besteht kein weiterer Handlungsbedarf.“<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> „Hat keiner etwas gewusst?“, in: Blickpunkt Gelsenkirchen. Zeitung der SPD-Ratsfraktion, Juni 2015, S. 1; <[http://www.spd-gelsenkirchen.de/files/blickpunkt\\_juni2015\\_netz.pdf](http://www.spd-gelsenkirchen.de/files/blickpunkt_juni2015_netz.pdf)>.

<sup>15</sup> Ebenda.

<sup>16</sup> Drs. 04-09/1792.

**Heute wissen wir: Der erste Satz war auch bereits aus damaliger Sicht kaum haltbar. Durch die Wahrnehmung der Nebentätigkeit wurden sehr wohl dienstliche Belange berührt. Wie ehrlich war die Verwaltung also damals in ihrer Stellungnahme? Wurden die Politik und die CDU-Fraktion getäuscht?** Oberbürgermeister Frank Baranowski leitete beide Sitzungen des Hauptausschusses. Hätte auch er sich angesichts des „Falls Hein“ nicht sensibilisierter und interessierter zeigen müssen? Hätte er also nicht auch schon 2005 von Wissmanns und Frings Geschäften mit der Neustart Kft wissen können, wenn er gewollt und in dieser sensiblen Phase nachgehakt hätte? **Welchen weiteren Warnsignalen hätte es noch bedurft, damit sich die Verwaltung den Fortgang der Neustart Kft bereits damals genauer angesehen hätte?**

## **I.2. Kooperationen**

Eine Schlüsselfunktion für die Geschäfte der Neustart Kft kam ihrer Kooperationen mit dem Deutschen Kinderschutzbund, Ortsverein Gelsenkirchen (DKSBG) zu, in dem wiederum Neustart-Mitbegründer Thomas Frings als stellvertretender Vorsitzender eine zentrale Rolle spielte. Er dürfte dafür gesorgt haben, dass der DKSBG die Rechnungsstellungen für Neustart Kft übernahm, um die eigentlichen Verhältnisse zu vertuschen.<sup>17</sup> Der Hintergrund: Maßnahmen im Ausland dürfen nur über einen inländischen Träger durchgeführt werden.

Den „Leistungsvertrag“ zwischen Kinderschutzbund und Neustart unterzeichneten am 12. Dezember 2004 Bálint Cserfai, als ungarischer Neustart-Geschäftsführer, und am 15. Dezember 2004 DKSBG-Vorsitzende Veronika Liebenow. Der DKSBG verpflichtete sich zur Rechnungsstellung an die jeweiligen Kostenträger und zur sofortigen, ungekürzten Weiterleitung der eingegangenen Zahlungen an Neustart, sowie zum Abschluss einer Auslands-Haftpflichtversicherung für alle an der Maßnahme teilnehmenden Jugendlichen.

---

<sup>17</sup> Drs. 14-20/1726.

Die Neustart Kft verpflichtete sich „zur Sicherstellung der Betreuung und Versorgung der ihr unterstellten Jugendlichen für die Dauer der Auslandsmaßnahme sowie zur vertrauensvollen Zusammenarbeit und Verschwiegenheit. Dabei waren fachliche Vorgaben der für die Hilfeplanung verantwortlichen Mitarbeiter der „St. Josef Heime GmbH“ einzuhalten. Darüber hinaus galt in Bezug auf fachliche Fragen der Hilfeplanung und der pädagogischen Betreuung der Jugendlichen die Letztverantwortlichkeit und Weisungsbefugnis der hilfeplanverantwortlichen Mitarbeiter der ‚St. Josef Heime GmbH‘. Neustart war dazu verpflichtet, insgesamt sechs Controlling-Besuche zu finanzieren.“<sup>18</sup> Außerdem verpflichtete sich Neustart dazu, dem DKSBG für seine Leistungen 5 Euro pro Kalendertag für jeden betreuten Jugendlichen zu überweisen.<sup>19</sup>

Einen „Leistungsvertrag zwischen dem DKSB Gelsenkirchen und der Leiterin des Kinderheimes St. Josef Heime GmbH Frau Anja Gresch“ unterzeichneten bereits am 5. Dezember 2004 Veronika Liebenow für den Vorstand des DKSBG sowie am 15. Dezember 2004 von Anja Gresch für die „Kinderheim St. Josef Heime GmbH“ - eine Gesellschaft, die nicht existiert. Für den Träger des Kinderheimes wäre Frau Gresch darüber hinaus auch nicht berechtigt gewesen, eine solche Vereinbarung einzugehen.

Laut Vertrag verpflichtete Gresch sich, „die Vor- und Nachbereitung sowie Betreuung der Jugendhilfemaßnahme in Ungarn sicherzustellen“. Zu ihren weiteren Pflichten zählten „die Hilfeplanung mit den beteiligten Kostenträgern sowie die Sicherstellung der Erreichbarkeit der fachlich verantwortlichen Mitarbeiter und einer geeigneten Anschlussbetreuung“. Außerdem war sie für das „Gesamtcontrolling der Maßnahme verantwortlich“.<sup>20</sup> Sie war somit das Bindeglied zwischen Neustart und Kostenträgern.

---

<sup>18</sup> BDO, S. 12.

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> BDO, S. 11f.

Der Kinderschutzbund verpflichtete sich, „für geeignete Rahmenbedingungen zur Durchführung des Hilfeplanprozesses während der Maßnahme zu sorgen (z. B. durch regelmäßige Controlling-Besuche) und behielt sich das Recht vor, die Abwicklung und Finanzierung auf Neustart zu verlagern“.<sup>21</sup> In einer „Selbstverpflichtungserklärung“ der Neustart Kft (ohne Datumsangabe) hieß es, Neustart sei ein in Ungarn ansässiges Unternehmen, das mit dem „St. Josef Kinderheim“ sowie dem „Kinderschutzbund Gelsenkirchen“ als Partnern zusammenarbeite.<sup>22</sup> Gresch vermittelte von Ende 2004 bis 2008 neun Jugendliche in die intensivpädagogische Maßnahme in Pécs, die von den Jugendämtern der Städte Herne (ein Jugendlicher) und Gladbeck (acht Jugendliche) entsendet wurden.

### **I.3. Aufenthalt und Betreuung von Jugendlichen in Pécs**

Wissmann gab in seiner Stellungnahme an, bei Neustart habe „nur fachlich qualifiziertes Personal mit Hochschulabschluss“ gearbeitet. „Die Pädagogen waren alle deutschsprachig.“<sup>23</sup> Mit den tatsächlichen Qualifikationen war es aber offenbar nicht allzu weit her. Eine Stellenausschreibung der Neustart Kft aus dem Dezember 2006 nannte als Voraussetzung für die Beschäftigung mit deutschen Heimkindern „mittlere deutsche Sprachkenntnisse“.<sup>24</sup> Laut der forensischen BDO-Untersuchung waren Ende 2007 drei „Erzieher“ in der Einrichtung beschäftigt, welche die intensivpädagogische Betreuung für „Jugendliche mit Beziehungsstörungen“ in Ungarn gewährleisten sollten. Hierbei handelte es sich um einen „Allgemeinen Grundschullehrer“, einen „Sprachwissenschaftler (mit Schwerpunkt Soziologie, Kunst und Medienwissenschaft) sowie eine ‚Sozialpädagogin/Deutschlehrerin‘ (mit dem Vermerk ‚Studium wir bald beendet‘)“.<sup>25</sup> Der bekannte E-Mail-Verkehr und die Anweisungen, die Alfons Wissmann aus Gelsenkirchen nach Ungarn

---

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Ebenda; Empfänger der Selbstverpflichtung sollten das jeweils zuständige Jugendamt, die Leistungsempfänger sowie die Kooperationspartner sein.

<sup>23</sup> Stellungnahme Wissmann.

<sup>24</sup> Niederschrift HFPB, 5.5.2015, S. 14.

<sup>25</sup> BDO, S. 18.

schickte, lassen darauf schließen, dass es – wiederholt oder durchgehend – erhebliche Schwierigkeiten bei der Betreuung gab.<sup>26</sup>

Stephanie Jordan, Abteilungsleiterin im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadtverwaltung Herne, berichtete im Ausschuss über einen damals 15-jährigen Jugendlichen, der als einer der ersten Anfang 2005 nach Pécs kam. Hierbei konnte sie das Geschehen aber nur anhand der Aktenlage rekonstruieren, da von den damals Beteiligten niemand mehr im zuständigen Bereich tätig ist. Der auffällige Jugendliche sei nach der Maßnahme schnell „verselbstständigt“ worden und in eine Wohnung überführt worden, er habe eine Ausbildung gemacht und auch abgeschlossen. Sie könne nicht bestätigen, dass es im ungarischen Heim in dieser Zeit eine Kindeswohlgefährdung gegeben habe. Die Stadt Herne habe sich seinerzeit zwischen drei angebotenen Konzepten für das von Neustart entscheiden, das überzeugt habe – und zwar wegen der Vor- und Nachbereitung in St. Josef, die deutsche Betreuung vor Ort und ein klares zeitliches Konzept. Laut Jordan tauchte die Neustart Kft übrigens in der Hilfeplanung bereits am 5. November 2004 erstmals auf. Am 9. November sei darüber gesprochen worden, die Entscheidung dann am 17. November gefällt worden. Bekanntlich fand die offizielle Gründung der Neustart Kft erst am 11. November statt. Laut Jordan sei die Maßnahme mit St.-Josef-Leiterin Anja Gresch vorbereitet worden. Der Hintergrund: In der Regel würden die Erfahrungen und Empfehlungen der Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen genutzt.

Dass Jugendliche aus Herne regelmäßig in die Einrichtung St. Josef kamen, schrieb Jordan der guten Vernetzung der Jugendämter zu, die sich in jedem Einzelfall auch in umliegenden Kommunen nach geeigneten Heimunterbringungen umsahen. Nicht bestätigen wollte sie eine auffällige Veränderung bei der Unterbringung von Herner Kindern und Jugendlichen in St. Josef, seit die Ehefrau von Thomas Frings 2013 vom Gelsenkirchener Jugendamt nach Herne gewechselt war. Allerdings gebe es „bis zur Aufklärung der Vorkommnisse“ keine Belegung von St. Josef durch die Stadt

---

<sup>26</sup> BDO, S. 16-20.

Herne.<sup>27</sup> ***Das Jugendamt der Stadt Gladbeck, das insgesamt immerhin acht Jugendliche bei Neustart untergebracht hatte, stand dem Untersuchungsausschuss für eine Befragung nicht zur Verfügung.***

Wissmann gab in seiner bis dato einzigen Stellungnahme an, dass die Neustart Kft „letztlich nicht kostendeckend“ gewesen sei. Seine „auf die Dauer der Belegung umgerechneten monatsdurchschnittlichen Mieteinnahmen nach Abzug der ungarischen Steuern lagen bei 814 € im Monat für zwei möblierte Häuser, die Gestellung eines PKWs sowie der datentechnischen Ausstattung“. Er habe die Mieteinnahme in der Steuererklärung angegeben. Es seien „nie Gewinne, Aufwandsentschädigungen oder Ähnliches an mich oder meine Frau geflossen. Meine Frau erhielt kein Geschäftsführergehalt.“<sup>28</sup> Es liegt zumindest die Vermutung nahe, dass Frings und Wissmann ursprünglich mit einer anderen Auslastung geplant hatten, indem sie daran dachten, auch Gelsenkirchener Jugendliche in ihre Einrichtung nach Pécs zu schicken. Denn auch das Jugendamt Gelsenkirchen schickte ja durchaus in den vergangenen Jahren in einem gewissen Umfang Jugendliche in intensivpädagogische Auslandsmaßnahmen<sup>29</sup>. Denn dass Wissmann generell keine Bedenken hatte, aus unmittelbaren Leistungsbeziehungen mit der Stadt Gelsenkirchen privatwirtschaftlich zu partizipieren und wohl auch zu profitieren, zeigt der Fall des Reiterhofs Tekeres in Orfü.

## **II. Reiterhof Tekeres in Orfü**

Bei Wissmanns Vorgehen lässt sich also ein klares Handlungsmuster erkennen: Die Neustart Kft war nachweislich nicht sein erster Versuch, privatwirtschaftlichen Nutzen mit dienstlichen Interessen zu verquicken. Bereits am 29. Juli 1996 hatte Wissmann zusammen mit dem damaligen

---

<sup>27</sup> vgl. „Herner Jugendamtsmitarbeiterin berichtet im Gelsenkirchener Ausschuss“, in: waz.de <<http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/herner-jugendamtsmitarbeiterin-berichtet-im-gelsenkirchener-ausschuss-id11557606.html#plx1239648237>>.

<sup>28</sup> Stellungnahme Wissmann.

<sup>29</sup> Vgl. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Gelsenkirchen zu den Vorwürfen gegenüber leitenden Mitarbeitern der Jugendhilfe.

stellvertretenden Jugendamtsleiter – und Frings-Vorgänger – Hans-Jürgen Meißner und dem Ungar Tibor Gonda die Gonda und Partner Kft gegründet, die den Reiterhof Tekeres im ungarischen Orfü betreibt. Außerdem waren und sind Wissmann (beziehungsweise interessanterweise ab Herbst 2004 dessen Familienangehörigen) und Meißner an den Liegenschaften des Reiterhofs beteiligt.<sup>30</sup>

Seit 1997 führte das Jugendamt der Stadt auf diesem jährlich zwei bzw. drei Sommerfreizeiten und eine Herbstfreizeit durch, die Wissmann als Referatsleiter durch Unterschrift auch noch selbst genehmigte; die Herbstfreizeiten in Kooperation mit dem Förderverein Rappelkiste e.V.. Insgesamt hat die Stadt für diese Maßnahmen jährlich rund 55 000 Euro (inklusive Busfahrten und Ausflugsprogrammen) aufgewendet. Hinzu kamen Teilnehmerbeiträge in unterschiedlicher Höhe. Und während das Jugendamt andere Jugendfreizeiten an andere Ziele im Laufe der Zeit aus Kostengründen einstellte, hielt es bis zu Wissmanns Beurlaubung im Mai 2015 an Orfü fest. Auch in Orfü war der Deutsche Kinderschutzbund, Ortsverein Gelsenkirchen, teilweise involviert: Der DKSBG veranstaltete dort jedes Jahr Osterfreizeiten für sozial benachteiligte Familien. Ein Zufall? Die Aufwendungen für diese Maßnahme, die ebenfalls von der Stadt getragen wurden, beliefen sich jährlich auf rund 25 000 Euro. Es bestanden also unmittelbare Leistungsbeziehungen zwischen Stadt und Jugendamtsleitung. Deloitte schätzt, dass 80 bis 90 Prozent des Gesamtumsatzes des Reiterhofs auf Gelsenkirchener Maßnahmen entfallen.<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> Wissmann übertrug am 30.9.2004 seinen Anteil an seinen Sohn Denis Wissmann, dessen Anteil dann am 2.4.2005 an Tibor Gonda überging. Die Liegenschaften gehören seit dem 23. Dezember 1997 zu 30/45 der Gonda und Partner Kft und jeweils zu 5/45 Tibor Gonda, Hans-Jürgen Meißner und der Familie Wissmann. Alfons Wissmann hat seinen Anteil am 15.11.2004 an seinen Sohn Denis übertragen. Vom 23. bis 24.8.2012 gehörte der Anteil Regina Dinter-Wissmann, danach Manuel Wissmann; Niederschrift, 12.6.2015, o. S. Ober der Eigentümerwechsel in Zusammenhang mit der Gründung mit der Neustart Kft stehen, muss offenbleiben, da Alfons Wissmann für Befragungen durch den Untersuchungsausschuss nicht zur Verfügung stand.

<sup>31</sup> Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte über die von der Stadt beauftragte, Deloitte, S. 6.

***Durch die Gelsenkirchener Belegungen alleine war der Reiterhof nicht ausgelastet. Was sagt dies über die angeblich hohe Qualität auch dieser Einrichtung aus, in die niemand anderes fahren wollte?***

Lediglich 2006 bot die Stadt Gelsenkirchen keine eigenen Ferienfreizeiten an. In diesem Jahr wurden sie von der AWO durchgeführt – auch in Orfü. Zufall oder nicht, dass Meißner seinerzeit im AWO-Vorstand aktiv war? Hatte Meißner die AWO ebenfalls getäuscht? Laut Geschäftsbericht des AWO-Bezirks Westliches Westfalen gab es auch „weitere intensive Partnerschaften z. B. zwischen Einrichtungen des Unterbezirks Gelsenkirchen/Bottrop und ungarischen Einrichtungen in [...] Pécs“.<sup>32</sup>

**Bedauerlicherweise hat sich die AWO einer Befragung im**

**Untersuchungsausschuss versagt.** Immerhin nutzte Hans-Jürgen Meißner später auch seine ehrenamtliche Mitarbeit im sozialdemokratisch geprägten Verein „aktuelles forum“ (af) mit Sitz in Gelsenkirchen dazu, von 2012 bis 2014 Teilnehmer von vier Auslandsmaßnahmen des aus EU-Mitteln (Europäischen Sozialfonds für Deutschland) finanzierten Projektes „Young Workers for Europe“ auf dem Reiterhof Tekeres unterzubringen. Meißner war einer von zwei Sprechern des Projektes und hatte den Reiterhof selbst eigennützig ins Gespräch gebracht, ohne über die Besitzverhältnisse zu informieren.<sup>33</sup>

Dass Wissmann und Meißner an dem Reiterhof in Orfü beteiligt waren, war unterdessen im Jugendamt offenbar teilweise bekannt. Jedenfalls berichtete Stadtdirektor Dr. Manfred Beck im Untersuchungsausschuss, dass drei Jugendamtsmitarbeiter in Gesprächen angaben, davon gewusst zu haben, dass es dort Appartements gab, die im Eigentum der beiden gestanden hätten und in denen Betreuer der städtischen Jugendfreizeiten untergebracht wurden. Diese Mitarbeiterinnen seien als Betreuerinnen in den Freizeiten vor Ort tätig gewesen: dienstlich, ehrenamtlich oder im Zuge eines Praktikums.

---

<sup>32</sup> AWO-Bezirk Westliches Westfalen e.V., Geschäftsbericht 2008, S. 70; <[https://www.awo-ww.de/mastercms1/awofiles/Meldungen/2008/Stutzki/Dateien/AWO\\_WW\\_GB08\\_web.pdf](https://www.awo-ww.de/mastercms1/awofiles/Meldungen/2008/Stutzki/Dateien/AWO_WW_GB08_web.pdf)>.

<sup>33</sup> <http://www.buer-total.de/stadt-gespraech/wir-fuehlen-uns-getaeuscht>; vgl. <http://www.youngworkers.de/elokeszites-in-ungarn/?p=396/#comment-134>.

Offenbar fanden sie diese Konstellation nicht weiter problematisch. **Die naheliegende Frage, woher sie dieses Wissen hatten, stellte niemand.** Insgesamt seien über einen längeren Zeitraum neun Jugendamtsmitarbeiter auf dem Reiterhof gewesen.<sup>34</sup>

---

<sup>34</sup> Vgl. „Wir drehen uns im Kreis“, in: Hertener Allgemeine, 26.5.2016.

### III. Deutscher Kinderschutzbund, Ortsverein Gelsenkirchen (DKSBG)

#### III.1. Zusammenarbeit mit Neustart Kft

Laut dem Gutachten der Rinke Treuhand GmbH hat im Zusammenhang mit der Neustart Kft „keine Bereicherung auf Seiten des DKSBG stattgefunden.“<sup>35</sup> Insgesamt seien 487.000 Euro durch die Kassen des DKSBG lediglich hindurchgeflossen. Einzige Aufgabe des Kinderschutzbundes war demnach die Rechnungsstellung an die Jugendämter in Herne und Gladbeck – was den Anschein erweckte, der DKSBG sei in die Maßnahme inhaltlich involviert gewesen – und der Abschluss einer im Ausland gültigen Haftpflichtversicherung.<sup>36</sup> Gleichwohl profitierte der DKSBG auch finanziell, denn für diese Leitungen verpflichtete sich die Neustart Kft „einen Kostenanteil von 5 € pro Kalendertag pro betreutem Jugendlichen nach Rechnungsstellung durch den DKSBG zu überweisen“.<sup>37</sup> Satzungswidrig hatte die damalige Vorsitzende, Veronika Liebenow, durch alleinige Unterschrift den Leistungsvertrag mit der Neustart Kft unterzeichnet.

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, es sei „nicht auszuschließen, dass aufgrund der jeweiligen Doppelfunktionen“ von Liebenow (Vorsitzende DKSBG und Mitarbeiterin im Jugendamt Gelsenkirchen) und Thomas Frings (Stellv. Vorsitzender DKSBG und Stellvertretender Leiter des Jugendamtes) Liebenows Unterschrift, „bewusst benutzt wurde, um die Verwicklungen von Herrn Frings zu vertuschen“.<sup>38</sup> „Aufgrund der beschriebenen Verwicklungen erscheint es nicht von der Hand zu weisen, dass die Zwischenschaltung des

---

<sup>35</sup> Deloitte, S. 2

<sup>36</sup> Rinke Treuhand GmbH, Bericht über die Untersuchung der Beteiligung des Deutschen Kinderschutzbundes e. V. Ortsverband Gelsenkirchen an den Sachverhalten „Neustart Kft“ und Reiterferien in Orfü, 20.8.2015.

<sup>37</sup> Rinke Treuhand, S. 5.

<sup>38</sup> Rinke Treuhand GmbH an DKSB Gelsenkirchen, Zusammenfassung zu Bericht über die Untersuchung der Beteiligung des DKSB Gelsenkirchen e.V. an den Sachverhalten „Neustart Kft“ und Reiterferien in Orfü, 11.8.2015, S. 2f.

Kinderschutzbundes allein dem Zwecke der Verschleierung und Ausnutzung des guten Rufs des Vereins diene.“<sup>39</sup>

***Eine Befragung Liebenows durch die Rinke Treuhand fand allerdings***

***nicht statt.*** So legte der Gutachter im Ausschuss dar, er selbst „habe in diesem Zusammenhang keine Notwendigkeit gesehen, ein Gespräch“ mit ihr zu führen. „Es sei auch nicht Gegenstand“ des Auftrags gewesen, „eine forensische Untersuchung“ zu Liebenows Beweggründen durchzuführen.<sup>40</sup>

In einer dienstlichen Stellungnahme vom 8. Mai 2015 gab Liebenow zum Vertragsschluss zwischen DKSBG und Neustart an: „Es gab damals wohl keinen Anlass für mich, den Vertrag nicht zu unterschreiben, da er mir wohl plausibel erschien und für gut befunden wurde. Die konkrete Situation ist mir nicht mehr erinnerlich, von daher war wohl der Sachverhalt aus meiner Sicht reell.“<sup>41</sup> Und weiter: „Auf keinen Fall“ sei ihr bekannt gewesen, dass Wissmann und Frings „Eigentümer der benutzten Immobilie waren, ebenso war mir auch nicht bekannt, dass und ob verwandtschaftliche Beziehungen ihrerseits eine Rolle spielten.“<sup>42</sup> Für eine Befragung durch den Untersuchungsausschuss stand Liebenow leider ebenso wenig zur Verfügung wie Thomas Frings.

Mehr als unbefriedigend ist aus unserer Sicht auch die Aussage des neuen DKSBG-Vorstands. Kurz nach Bekanntwerden der Vorwürfe hatte der DKSBG einen Großteil des Vorstandes ausgetauscht – neue und alte Mitglieder stehen jedoch der SPD mindestens nahe. Aussagen, wonach sich der Verband im Zuge der Überprüfungen von zwei Mitarbeitern getrennt habe – womit nicht Ehrenamtliche gemeint waren, wurden leider nicht mit näheren Angaben untermauert.<sup>43</sup> Das lässt unnötig viel Raum für Spekulationen. Im Übrigen berufen sich die aktuellen DKSBG-Vorstandsmitglieder<sup>44</sup> darauf, im

---

<sup>39</sup> Rinke, Bericht, S. 6.

<sup>40</sup> Niederschrift, AFJH, 2.12.2015, S. 14.

<sup>41</sup> Deloitte, S. 27.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Niederschrift, AFHJ, 2.12.2015, S. 13; vgl. Pressemitteilung des DKSB Ortsverbandes Gelsenkirchen vom 21.9.2015.

<sup>44</sup> vgl. <http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/neubeginn-des-kinderschutzbundes-gelsenkirchen-nicht-ganz-geglueckt-id10646707.html>;  
<http://www.buer-total.de/stadt-gespraech/kampf-um-den-guten-ruf>.

fraglichen Zeitraum noch nicht im Amt gewesen zu sein und mit den Vorstandswahlen im Juni 2015 einen personellen Neuanfang gestartet zu habe. Insgesamt bleibt der vom DKSBG beauftragte Prüfbericht der Rinke Treuhand unbefriedigend, liegt ihm Detail lediglich eine Betrachtung des Jahres 2008 zugrunde, die weiteren Jahre wurden lediglich „plausibilisiert“<sup>45</sup>. „Wir hätten die detaillierte Untersuchung auf die vorhergehenden Jahre und das Jahr 2009 ausgeweitet, soweit wir bei der Untersuchung Erkenntnisse erhalten hätten“, heißt es dazu in einem Schreiben der Rinke Treuhand GmbH.<sup>46</sup>

### III.2. Mehrfache Interessenskollision

Eine Untersuchung sämtlicher anderer Tätigkeiten, die der Kinderschutzbund „für die Stadt Gelsenkirchen oder andere Städte erbringt, ist nicht Gegenstand des Auftrags“ gewesen.<sup>47</sup> ***Dies ist bedauerlich, denn insofern bleiben wichtige Aspekte weiter unbeleuchtet, wenn es z. B. darum geht, danach zu fragen, ob es über die öffentlich bekanntgewordenen Fälle hinaus weitere Interessenskollisionen gab. Und es lässt doch erhebliche Zweifel am vollständigen Aufklärungswillen innerhalb des DKSBG aufkommen.***

Immerhin vervielfachten sich die Stunden, die der DKSBG für das Gelsenkirchener Jugendamt leiste erheblich – von anfänglich 1100 Stunden auf mehr als 27.000 Stunden im Jahr 2014. Es erhebt sich also die Frage, inwieweit Thomas Frings seine dienstliche Stellung möglicherweise missbraucht hat, um dem Kinderschutzbund Vorteile zu verschaffen, wenn bei der Auftragsvergabe andere Dienstleister außen vor gelassen wurden.<sup>48</sup> So war zum Beispiel der Kinderschutzbund seit 1998 von der Stadt Gelsenkirchen exklusiv für das sozialpädagogisch betreute Wohnen zuständig, andere Träger wurden möglicherweise bewusst außen vor

---

<sup>45</sup> DKSBG, Pressemitteilung, 20.8.2015,

<sup>46</sup> Rinke Treuhand GmbH an DKSB Gelsenkirchen, Zusammenfassung zu Bericht über die Untersuchung der Beteiligung des DKSB Gelsenkirchen e.V. an den Sachverhalten „Neustart Kft“ und Reiterferien in Orfü, 11.8.2015, S. 1.

<sup>47</sup> Rinke Treuhand, Zusammenfassung, S. 1.

<sup>48</sup> Zur Ausweitung der Tätigkeiten des DKSBG für die Stadt vgl. Deloitte, S. 29; Bericht RPA, 31.7.2015, S. 9f.

gelassen.<sup>49</sup> Inwiefern hat auch Thomas Frings von dieser Angebotsausweiterung profitiert? Den Medien war jedenfalls zu entnehmen, dass Frings sich beispielsweise für eine Skifreizeit des DKSB in Italien auf Verbandskosten neu eingekleidet haben soll.<sup>50</sup>

Immerhin wurde deutlich, dass es im Jugendamt mindestens zu einem weiteren Fall der Interessenverquickung kam. Denn die vom DKSBG im Rahmen der „Ambulanten Hilfe zur Erziehung“ seit 1998 jährlich durchgeführten sogenannten Osterfreizeiten in Orfü wurden regelmäßig von einem Mitarbeiter des Referats 51 geleitet. So schreiben die Deloitte-Gutachter: „Er selbst und teilweise auch Familienangehörigen haben die Freizeiten nach Orfü begleitet.“<sup>51</sup> Allerdings war genau dieser Mitarbeiter in seiner Funktion im Jugendamt zuständig für die Planung und Vergabe der Freizeiten. Die Freizeiten wurden seiner Abteilung wiederum von Veronika Liebenow in ihrer Funktion beim DKSBG angeboten, vertragliche Grundlagen liegen nicht vor.<sup>52</sup> Zugleich erhielt genau dieser Mitarbeiter laut Buchungsunterlagen des DKSBG Honorare: So zum Beispiel 2005 für die Planung, Durchführung und Leitung der sozialpädagogischen Familienfreizeit 500 Euro, 2007 waren es 1000 Euro. Auch für weitere Jugendfreizeiten erhielt er Honorare – ohne übrigens diese Nebentätigkeiten angemeldet zu haben.<sup>53</sup>

Zurecht merkt das Deloitte-Gutachten als kritisch an, „dass auf Seiten des [DKSBG] in zentralen Rollen mit der Organisation und Durchführung der Ferienfreizeiten Mitarbeiter des Jugendamtes der Stadt Gelsenkirchen betraut waren. Zumindest J. B. [Anm.: o. g. Mitarbeiter] war darüber hinaus auch auf Seiten des Jugendamtes in die Genehmigung und Abwicklung der Ferienfreizeiten eingebunden.“<sup>54</sup> Es ist anzunehmen, dass Frings als stellvertretender Jugendamtsleiter und zugleich DKSBG-Vorstand genau über

---

<sup>49</sup> Vgl. Hertener Allgemeine.

<sup>50</sup> Vgl. <http://www.buer-total.de/stadt-gespraech/kinderschutzbund-prueft-vorwuerfe-gegen-frings>; <http://www.buer-total.de/stadt-gespraech/kampf-um-den-guten-ruf>.

<sup>51</sup> Deloitte, S. 20

<sup>52</sup> Deloitte, S. 21.

<sup>53</sup> Deloitte, S. 23.

<sup>54</sup> Deloitte, S. 24.

diese Tätigkeit unterrichtet war. Dass aber auch Liebenow als Verantwortliche des DKSBG keinen Anstoß an dieser evidenten Doppelfunktion nahm, spricht für sich.

Ist es darüber hinaus Zufall, dass offenbar 2006 vier und 2007 fünf Jugendliche der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef an Ferienfreizeiten in Orfü teilnahmen? So kamen Teilnahmen offenbar zustande, „da die Ehefrau eines Mitarbeiters des städtischen Bau- und Abenteuerspielplatzes, der im Auftrag der Stadt Gelsenkirchen diese Freizeiten leitete, Mitarbeiterin von St. Josef war und unter anderem in denjenigen Betreuungsgruppen arbeitete, aus denen die Teilnehmer kamen.“<sup>55</sup>

---

<sup>55</sup> BDO, S. 28.

## IV. Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef

### IV.1. Kooperation mit Neustart

Der Leiterin der Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtung St. Josef, Anja Gresch, kam bei der Belegung des Neustart-Heims in Pécs eine zentrale Rolle zu. Sie sprach sich in den Jugendhilfeplangesprächen nicht nur für intensivpädagogische Auslandsaufenthalte der Jugendlichen aus, sondern riet den Jugendämtern offenbar gezielt zu Neustart. Auch war sie laut BDO an der Erstellung eines Werbeflyers für die Einrichtung beteiligt, auf dem sie als offizielle Ansprechpartnerin genannt wurde. Auch Greschs regelmäßige E-Mail Korrespondenzen lassen darauf schließen, dass sie für die Einrichtung in Ungarn eine offizielle und regelmäßige Ansprechpartnerin war. Peter Weingarten, Geschäftsführer der St. Augustinus Heime GmbH, sagte im Untersuchungsausschuss, dass der Träger von Gresch hintergangen worden sei. So sei dem Heimträger auch der Aufenthalt von St.-Josef-Mitarbeiterin in Pécs verschleiert worden.<sup>56</sup>

Bestandteil der MONITOR-Berichterstattung war die Behauptung einer gezielten Überbelegung der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef durch Wissmann und Frings, um dafür gleichsam im Gegengeschäft St.-Josef-Bewohner in die Neustart-Einrichtung nach Pécs weiterzuempfehlen. **Dieser unmittelbare Zusammenhang konnte so nicht nachgewiesen werden.**

Allerdings ergab eine Analyse der Belegungsdaten, dass St. Josef „in den Jahren 2003 bis 2014 mit Ausnahme des Jahres 2013 kontinuierlich überbelegt war“. Der „Anteil der Kinder und Jugendlichen, der vom Jugendamt Gelsenkirchen an die Einrichtung St. Josef überwiesen wurde“, ist „im Verlauf deutlich gestiegen“ – allerdings erst ab 2009.<sup>57</sup> Laut eines Berichts des Referats Erziehung und Bildung im Ausschuss war dem Jugendamt eine über 100%ige Auslastung im Rahmen von Entgeltverhandlungen für die Jahre 2002 (105,7 %), 2004 (104,9 %), 2008

---

<sup>56</sup> BDO, S. 11ff.

<sup>57</sup> BDO, S. 31, vgl. Deloitte, S. 15.

(112,7 %), und 2009 (116,6 %) bekannt.<sup>58</sup> Einige Zeit zuvor hatte derselbe Berichterstatter im Untersuchungsausschuss noch mitgeteilt, dass über die Belegung durch die Stadt Gelsenkirchen hinaus, „die weitere Nutzungsintensität nicht bekannt sei“.<sup>59</sup>

Die Überbelegungen der Jahre 2002 und 2004 entsprachen seinerzeit rechnerisch einer Überbelegung des Heimes mit drei Kindern, „was vor dem Hintergrund des kontinuierlichen Anstieges von akuten vorläufigen Schutzmaßnahmen [...] von der ehemaligen Referatsleitung noch als tolerabel angesichts der rahmenvertraglich zulässigen Variationsbreiten für den pädagogischen Dienst in den einzelnen Leistungssegmenten bewertet wurde“.<sup>60</sup>

Auch dies erhellt das allgemeine Amtsgebahren der beiden Referatsleiter Wissmann und Frings: St.-Augustinus-Geschäftsführer Weingarten berichtete dem Untersuchungsausschuss, dass die Referatsleitung Druck ausgeübt habe, niedrigere Tagessätze sollten durch die Überbelegung kompensiert werden. Auch habe St. Josef die Überbelegung dem Jugendamt immer kommuniziert.<sup>61</sup>

**Diese Aussage deckt sich mit den Akten im Jugendamt.** Auch die Geschäftsberichte der St. Augustinus GmbH als Trägerin der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef haben die Auslastungszahlen stets vollständig kommuniziert. Anstatt frühzeitig zu intervenieren und auf ein mögliches Fehlverhalten hinzuweisen, ging es dem Jugendamt und Wissmann aber nur darum, den Kostensatz zu senken. Das Kindeswohl war nicht im Blick. Die Überbelegung war also offenbar mindestens zwischen Jugendamtsleitung und Heimleitung bekannt.

Das ergibt sich auch aus dem Bericht für den Ausschuss über Entgeltverhandlungen mit St. Josef: So fand im August 2013 ein Gespräch statt, an dem Weingarten, Gresch, Wissmann, Frings und zwei Vertreter des LWL teilnahmen. Im späteren Protokoll finden sich Hinweise, dass „eine

---

<sup>58</sup> Drs. 14-20/1989, 9.9.2015, S. 1.

<sup>59</sup> Auskunft von Herrn Behrendt, Niederschrift AFHJ, 21.8.2015, S. 19.

<sup>60</sup> Drs. 14-20/2492.

<sup>61</sup> Niederschrift AFHK, 25.9.2015, S. 19.

zeitweise Überbelegung [...] erforderlich" sei, „um im Jahresschnitt eine Quote von 98% zu erreichen“. Ebenso: „Die ausgewiesenen Platzzahlen werden von St. Augustinus als Anhaltspunkt und nicht als verbindliche Obergrenze angesehen,“ und „im SGB VIII stehe nicht drin, dass Überbelegung nicht möglich seien.“ Das Landesjugendamt vertrat laut Protokoll die Auffassung, dass „die Zahlen in der Betriebserlaubnis feste Werte seien und dass für eine Abweichung die Zustimmung der betriebserlaubniserteilenden Stelle im Nachhinein nötig sei. Jugendämter und Personensorgeberechtigte müssten sich darauf verlassen können, dass die beschriebenen Leistungen mit den benannten Strukturdaten auch eingehalten werden.“ **Diese Hinweise aus dem Jahr 2013 wurden an den Träger also übermittelt, nachdem die Belegungszahlen im Jugendamt Gelsenkirchen und bei Wissmann seit mehr als 10 Jahren bekannt waren.**

Im Kontext neuer Entgeltverhandlungen argumentierte die St. Augustinus-Heime GmbH in einem Schreiben vom 27. Juni 2014 an die damalige Referatsleitung offiziell u. a. damit, dass „Basis der Kalkulationen die vom Jugendamt unterstützte und gebilligte Belegungspraxis in der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef gewesen sei. Diese sei jetzt untersagt, deshalb seien höhere Entgeltsätze erforderlich“. Zwar widersprach der Teamleiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe: „Eine systematische Überbelegung“ habe „zu keiner Zeit eine Billigung und Unterstützung des Jugendamtes gefunden“. Eine dauerhafte Überbelegung sei „auch nicht kommuniziert“ worden, „so dass die – ausschließlich in der Verantwortung des Trägers liegende Belegungspraxis – hier weder bekannt war noch vom Jugendamt eingefordert wurde“<sup>62</sup>. ***Doch dies kann nur als Schutzbehauptung angesehen werden, denn laut Aktenlage war das Jugendamt sehr wohl informiert. Und es ist schwerlich anzunehmen, dass die St.-Augustinus-Heime-GmbH offiziell derart argumentiert hätte, wenn sie nicht davon überzeugt gewesen wäre, sich auf Absprachen mit Wissmann berufen zu können.***

---

<sup>62</sup> Drs. 14-20/2492, S. 6, 25.1.2016.

Auch über die Referatsleitung hinaus gab es ein Wissen über die Überbelegungen in St. Josef. Stadtdirektor Dr. Beck berichtete im Untersuchungsausschuss über Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamts, die im Rahmen von Heimunterbringungen in der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef involviert waren (auf der Ebene der Teamleitung auch mit ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern): „Zusammenfassend sei berichtet worden, dass es Einflussnahmen des Referatsleiters und seines Stellvertreters gegeben habe, wenn es um den direkten Kontakt zur Leiterin“ von St. Josef „und die Schaffung von Kapazitäten gegangen sei“. Die Belegungszahlen und eine systematische Überbelegung seien ihnen aber nicht bekannt gewesen. Wissmann und Frings hätten „in Einzelfällen Einfluss genommen. Bei Gresch sei „wohl interveniert worden, wenn dort auf normalen Wege keine Platzkapazitäten in Anspruch genommen werden konnten“.<sup>63</sup>

Auch der ehemalige St.-Josef-Mitarbeiter Dirk Hausberg berichtete dem Ausschuss davon, dass negative beantwortete Belegungsanfragen des Jugendamtes – mit Hinweis auf fehlende Kapazitäten – nach Interventionen von Wissmann oder Frings durch Gresch „korrigiert“ worden seien: Wenn er eine Belegungsanfrage eines Jugendamtsmitarbeiters mit Hinweis auf Überbelegung abgelehnt habe, sei dieser über Wissmann oder Frings an die Einrichtungsleiterin herangetreten. Die habe „die Aufnahme dann immer möglich gemacht“.<sup>64</sup>

Ein weiterer ehemaliger Mitarbeiter des Jugendheims, Martin von Loe, bestätigte Hausbergs Schilderungen: Wenn Gruppen belegt waren, habe ein Anruf des Jugendamtes bei Anja Gresch genügt, „dann war Platz“.<sup>65</sup> Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung hätten lediglich Kontakt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Allgemeinen Städtischen

---

<sup>63</sup> Niederschrift AFHJ, 25.9.2015, S. 8.

<sup>64</sup> Niederschrift AFHJ, 25.9.2015, S. 8; „Überbelegung als System“, in: Hertener Allgemeine 28.9.2015.

<sup>65</sup> Niederschrift AFHJ, 2.12.2015; Zit. n. „Scharmützel im Gelsenkirchener Untersuchungsausschuss“, in: WAZ.de <<http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/scharmuetzel-im-gelsenkirchener-untersuchungsausschuss-id11347610.html#plx1083657616>> (3.12.2015).

Sozialdienstes (ASD) gehabt. Mitarbeiter des ASD hätten sich aber auch direkt an Gresch gewandt.<sup>66</sup> Bei Überbelegungen habe es sich „weder um einen Einzelfall gehandelt“ noch sei es „in regelmäßiger Häufigkeit vorgekommen“.<sup>67</sup>

**Das geschilderte Verfahren lässt somit weitere Rückschlüsse auf die enge persönliche Bindung zwischen Wissmann, Frings und Gresch zu.**

Der kommissarische Jugendamtsleiter Schreck erklärte im Ausschuss, dass alle Einrichtungen sehr hohe Auslastungsgrade verzeichnen. Die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung St. Josef sei in der Vergangenheit der einzige Träger gewesen, der in Gelsenkirchen eine Aufnahmegruppe habe vorweisen können. Ein weiterer Träger mit diesem Merkmal habe seinen Trägersitz nach Bochum verlegt. Eine Zusammenarbeit sei seinerzeit aufgrund eines „zerstörten Vertrauensverhältnisses“ zwischen Jugendamtsleitung und Heimleitung nicht mehr möglich gewesen. Folglich habe „in bestimmten Fällen keine Wahlfreiheit bestanden“.<sup>68</sup> **Warum hat die Leitung des Jugendamtes gegenüber diesem Träger so agiert, wie sie es tat? Kalkül, um die Belegung des Heimes von Anja Gresch zu stärken? Oder ging es auch hier einzig um die Kosten?**

Die Verfehlungen im Bereich der Überlegungen sind durch die Aufklärungsarbeit offenkundig geworden. Gleichwohl ist durch die Ausschussarbeit aber auch die immer wieder von der SPD vorgebrachte Behauptung widerlegt, die Schuld und die Verantwortung für die Überbelegung liege allein beim zuständigen Träger, da das Jugendamt lediglich Kenntnis über die Anzahl der zugeführten Kinder aus Gelsenkirchen gehabt habe.<sup>69</sup> Aus den Schilderungen der ehemaligen Heimmitarbeiter

---

<sup>66</sup> Niederschrift AFHJ, 2.12.2015, S. 16.

<sup>67</sup> Niederschrift AFHJ, 2.12.2015, S. 17.

<sup>68</sup> Niederschrift AFHJ, 2.12.2015, S. 18.

<sup>69</sup> Vgl. beispielsweise die Position von Jürgen Micheel, Niederschrift AUFK, 21.8.2015, S. 9. In der Sitzung vom 25. Mai 2016 modifizierte Micheel seine Aussage insofern, als er erklärte, nicht „das Jugendamt“ sein an der Überbelegung beteiligt, sondern einzelne Personen. Die Stadt sei „tätig geworden“, die übergeordnete Behörde nicht; vgl. <https://www.gruene-gelsenkirchen.de/7-sitzung-afjh-24-05-2016-live-1139>.

Hausberg und von Loe wurde deutlich, dass Wissmann und Frings die Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen bei der Heimleitung durchgesetzt haben, nachdem St. Josef die Aufnahme zuvor mit Hinweis auf Überbelegung abgelehnt hatte. Mitarbeiter des Jugendamtes wussten also offenbar, dass sie in diesen Fällen den Weg über die Amtsleitung gehen mussten und konnten. **Muss dies den Mitarbeitern im Jugendamt denn nicht zumindest merkwürdig vorgekommen sein? Wurde damit nicht durch Vorgabe von Wissmann und Frings wissentlich die Gefährdung des Kindeswohls billigend in Kauf genommen? Aber an wen hätten sich die Mitarbeiter im Jugendamt mit ihren Bedenken überhaupt wenden können?**

Die Recherchen im Zuge von Akteneinsichten belegen, dass die Überbelegung des Jugendheims St. Josef nicht nur Wissmann und Frings, sondern auch mindestens einem weiteren Mitarbeiter und dem LWL „spätestens 2005 bekannt“ war. Zu diesem Zeitpunkt sei auch bereits der LWL als Aufsichtsbehörde per Fax aus dem Jugendamt informiert worden. Der Jugendamts-Mitarbeiter, der sich in der Pflicht fühlte und über die Überbelegungen informierte, ist dort nach wie vor tätig. Die Stadt hat also von der Überbelegung des Kinderheimes gewusst, aber nicht reagiert.<sup>70</sup> „Die ausweislich der benannten Kalkulationsdaten erkennbaren erheblichen Überbelegungen der Jahre 2008 und 2009 wurden seinerzeit sowohl hinsichtlich der damit erzielten Überschüsse des Trägers als auch hinsichtlich der Nichteinhaltung von vereinbarten Leistungsstandards durch den Teamleiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe kritisch hinterfragt und umgehend mit der Jugendamtsleitung kommuniziert.“<sup>71</sup> **Ob und wie weit diese Vorgänge Teil der Abmachung zwischen Anja Gresch, Alfons Wissmann und Thomas Frings im Rahmen der Neustart Kft waren, bleibt leider weiter unaufgeklärt.**

---

<sup>70</sup> „Eisige Stimmung im Untersuchungsausschuss“, in: WAZ, 12.12.2015, Vgl. Drs. 14-20/2492, 25.1.2016.

<sup>71</sup> Drs. 14-20/2492, S. 5; vgl. Drs. 14-20/1989; Sitzung AFJH am 25.09.2015.



## V. Aufarbeitung mit erheblichen Geburtsfehlern

Etwas mehr als ein Jahr nach der Ausstrahlung des MONITOR-Berichts „Mit Kindern Kasse machen“ blicken wir auf einen zähen und weiter andauernden Aufklärungsprozess zurück. Einiges hat sich bewahrheitet, wie die Geschäfte von Wissmann und Frings mit der Neustart Kft und die Überbelegung der Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtung St. Josef. Manches kam zusätzlich über die ‚Pécs-Connection‘ ans Licht, zum Beispiel wie Wissmann und Meißner sich mit ihrer Beteiligung am Reiterhof in Orfü bei städtisch finanzierten Freizeiten in die eigene Tasche wirtschafteten. Doch wichtige Zusammenhänge – die genaue Zahl der Beteiligten und ihrer Mitwisser sowie die Hintergründe zur Verwicklung des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSGB) – sind noch ungeklärt. Wie konnte ein System mit so vielen Beteiligten, das zweifelsfrei an vielen Stellen zu Fragen hätte führen müssen, solange verborgen bleiben? Wer hatte zu welchem Zeitpunkt welches Wissen? Und nicht zuletzt: Warum meldete das Jugendamt Gelsenkirchen nie die ihm bekannten Überbelegungen in der Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtung St. Josef?

Derzeit liegen leider nur die unbestreitbaren Tatsachen auf dem Tisch, während ein Großteil der Beteiligten sich bei dem Rest ausschweigen. Dazu trägt leider auch bei, dass der mutmaßlich Hauptbeteiligte, der ehemalige Jugendamtsleiter Alfons Wissmann in mitternächtlicher Sondersitzung von der absoluten Ratsmehrheit der SPD mit einem Aufhebungsvertrag aus der Verantwortung entlassen wurde. **Der Aufhebungsvertrag erwies sich, wie befürchtet, als Klotz am Bein.** Den Untersuchungsausschuss ließen Alfons Wissmann und seine Ehefrau jedenfalls jüngst durch ihren Anwalt wissen, sie sähen „keinen Anlass“, der Einladung zu folgen, da „die Angelegenheit [...] aufgrund des Vergleichs, der mit der Stadt Gelsenkirchen geschlossen worden ist, beendet“ sei<sup>72</sup>.

Ohnedies hätten wir statt eines Auflösungsvertrags mit Wissmann eine außerordentliche Kündigung als stärkeres Signal gewertet. Doch auch wenn

---

<sup>72</sup> Schreiben von RA Dr. Heescher an Stadt Gelsenkirchen, 4.5.2016

man politisch unterschiedlicher Auffassung über den Auflösungsvertrag sein kann – schon sein Zustandekommen warf einen Schatten auf die Aufklärungsarbeit und gehört zu ihren größten Geburtsfehlern. Denn die Art und Weise, wie in der Sitzung vom 21. Mai 2015 alle Parteien mit Ausnahme der SPD überrumpelt wurden, ist nicht nur nach wie vor skandalös, sondern warf ein bezeichnendes Licht auf das Zusammenspiel von Verwaltung und SPD.

Die CDU-Fraktion hatte damals eine Sondersitzung des Hauptausschusses zum Thema „Bericht des Oberbürgermeisters zum aktuellen Aufklärungsstand im Gelsenkirchener Jugendamtsskandal“ beantragt. Noch während des öffentlichen Teils der Sitzung aber wurde auf „derwesten.de“ berichtet, dass in der laufenden Sitzung nach den Vorstellungen der Verwaltung eine Beschlussfassung zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses des Jugendamtsleiters Alfons Wissmann erfolgen sollte. Den Ausschussmitgliedern war dieser Sachverhalt bis dahin gleichwohl nicht bekannt: Erst in einer zwischen öffentlicher und nicht-öffentlicher Sitzung anberaumten Sondersitzung des Ältestenrates wurde von der Verwaltungsspitze mündlich der Vorschlag unterbreitet, mit Wissmann einen Auflösungsvertrag zu schließen.

Dieser Vorschlag von Oberbürgermeister Frank Baranowski wurde mündlich im folgenden nicht-öffentlichen Teil des Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschusses (HFBP) wiederholt. Erst nach zahlreichen Rückfragen und einer Sitzungsunterbrechung wurde die schriftliche OB-Vorlage dem Ausschuss erst kurz vor Beschlussfassung gegen 23.45 Uhr zur Kenntnis gegeben. Damit war eine sachgemäße Beratung der Vorlage nicht gegeben. Warum haben die Stadtverordneten die Vorlage mit dem Aufhebungsvertrag nicht schon vor der Sitzung, spätestens aber zur Pause zwischen öffentlichem und nichtöffentlichem Teil erhalten? Die SPD schien über die Inhalte der Vorlage bereits informiert gewesen zu sein.

Diese Abläufe wollten wir in der darauffolgenden Hauptausschuss-Sitzung aufgearbeitet wissen. Oberbürgermeister Frank Baranowski (SPD) hatte die

Sitzung dafür sogar von 14 auf 11 Uhr vorverlegt, damit genügend Zeit zur Diskussion war. Die SPD-Fraktion aber schob den Tagesordnungspunkt mit ihrer absoluten Mehrheit in den Rat am Nachmittag, um dort den Themenkomplex „Jugendamts-Skandal“ zusammenzufassen. Dort aber wurde das Thema nicht mehr vertieft, da OB Baranowski lapidar darauf verwies, der Hauptausschuss sei nicht berechtigt, auf die Tagesordnung des Rates der Stadt einzuwirken. Gleichwohl hätte der OB, wenn er gewollt hätte, dies auch schon vor der entsprechenden Abstimmung im Hauptausschuss mitteilen können.<sup>73</sup> **Ein gezieltes taktisches Manöver? Sieht so politisches Fingerspitzengefühl in der Aufarbeitung eines Skandals aus?**

Mit ebenso wenig Fingerspitzengefühl ging es im Untersuchungsausschuss weiter. Zwar erklärte Rechtsdezernent Dr. Schmitt, dass „je globaler die Verfahrensrichtlinie gefasst sei, desto größer und weiter sei der mögliche Rahmen für Aktivitäten des Ausschusses“.<sup>74</sup> Dennoch legte die Verwaltung recht enge Verfahrensrichtlinien für den Untersuchungsausschuss vor, die sie offenbar bereits im Vorfeld mit der SPD abgestimmt hatte.<sup>75</sup> Unseren Vorschlag, insofern einen „Minderheitenschutz“ in der Verfahrensrichtlinie im Untersuchungsausschuss zu verankern, als dass Gäste und Sachverständige auch mit einer qualifizierten Minderheit von 25 Prozent der Stimmen eingeladen werden könnten, wischte die SPD mit ihrer absoluten Mehrheit brüsk zur Seite. Und dies in einem Tonfall, als sei allein schon das Ansinnen eines – in deutschen Parlamenten ja durchaus üblichen – Quorums die Erhebung eines Generalverdachts gegen die SPD. Die Verwaltung hatte sich im Vorfeld mit dem Vorschlag eines Quorums, wie er sich bereits im Antrag der CDU befand, offenbar erst gar nicht näher befasst. Anders wäre es jedenfalls nicht zu verstehen, das Rechtsdezernent

---

<sup>73</sup> „Die Verwaltung blieb eine Antwort schuldig, in: waz.de | WAZ.de  
<<http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/die-verwaltung-blieb-eine-antwort-schuldig-id10699703.html#plx1171082116>>.

<sup>74</sup> Niederschrift AFHJ, 12.6.2015, S. 13.

<sup>75</sup> „Untersuchungsausschuss legt acht Handlungsfelder fest“, in: waz.de  
<<http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/untersuchungsausschuss-legt-acht-handlungsfelder-fest-id10773501.html#plx1286220137>>.

Dr. Schmitt im Sitzungsverlauf zunächst in der Diskussion erklärte, man „könnte daran denken, in die Verfahrensrichtlinie einen veränderten Mehrheitsbeschluss einzubauen. Dazu bräuchte [...] nur die Geschäftsordnung an der Stelle geändert werden.“ Wenig später ruderte er aber mit den Worten zurück, er habe „gerade noch mal nachgelesen“ und er sei sich „ziemlich sicher, dass es zweifelhaft ist, ob die Geschäftsordnung ein Gesetz im Sinne von § 50 GO NRW darstellt. Dann dürfte diese Möglichkeit so gut wie ausgeschlossen sein.“<sup>76</sup>

So konnte der Untersuchungsausschuss nach dem Willen der SPD-Mehrheitsfraktion auch erst in seiner sechsten Sitzung die internen Abläufe innerhalb der Stadtverwaltung in den Blick nehmen.<sup>77</sup> Die CDU-Fraktion hatte dagegen die Auffassung vertreten, dass sich der Ausschuss zuerst mit den Themen der eigenen Verwaltung befassen sollte, anstatt sich zuerst mit den Komplexen St. Josef und DKSBG zu beschäftigen. Zunehmend verfestigte sich im Ausschuss der Eindruck, dass die SPD lieber Nebenkriegsschauplätze beachtete, als die Aufklärung vor der eigenen Tür der Stadtverwaltung voran zu bringen.

Äußerst erhellend und gleichzeitig erschütternd waren für den Ausschuss die Berichte der ehemaligen Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtung, aber auch die Informationen des Geschäftsführers der St. Augustinus Heime GmbH, Peter Weingarten. Der Kinderschutzbund zeigte sich schon weniger auskunftsfreudig. Andere verweigerten sich hingegen der **Befragung durch den Ausschuss ganz. Außer den Hauptbeteiligten – Wissmann, Frings, Meißner und Gresch – waren dies das Jugendamt der Stadt Gladbeck und die AWO – die AWO, weil sie keine weiteren Informationen für den Untersuchungsausschuss hätte.** Wir halten es für bezeichnend, dass die AWO dem Ausschuss offenbar vorschreiben möchte, welche Fragen er stellt, zu denen die AWO dann nichts sagen könnte. Und das

---

<sup>76</sup> Zit. n. eigener Mitschrift, vgl. aber auch <https://jugendamtgelsenkirchen.wordpress.com/2015/06/19/minderheitenschutz-nur-im-bausatz/>.

<sup>77</sup> „Gelsenkirchener Ex-Dezernent Hampe bremste Nebentätigkeit aus“, in: waz.de, <<http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/gelsenkirchener-ex-dezernent-hampe-bremste-nebentaetigkeit-aus-id11735425.html#plx1564359825>>.

angesichts der evidenten Verbindungen zu städtischen Ferienfreizeiten und ins ungarische Pécs.

Die CDU hat jedenfalls einen Fragenkatalog an die AWO formuliert.

Auch der Befragung von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch den Ausschuss wurden seitens der Verwaltung immer wieder formale und arbeitsrechtliche Vorbehalte entgegengebracht. Wünschenswert wäre es auch hier gewesen, wenn die Verwaltung, namentlich Herr Dr. Schmitt als Betreuungsdezernent des Ausschusses, uns einen konstruktiven Weg aufgezeigt hätte, wie wir dennoch an gewünschte Information hätten kommen können. Auch die SPD als Mehrheitsfraktion zeigte an solchen Lösungen wenig Interesse. Mehr noch: Wenn beispielsweise Jürgen Micheel, als Sachkundiger Bürger für die SPD Mitglied des Ausschusses und zugleich ehemaliger langjähriger Vorsitzender des Personalrates, ausdrücklich die Entscheidung dieses Gremium begrüßte, den Oberbürgermeister zu ersuchen, „keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönlich in den Ausschuss zu entsenden“<sup>78</sup>, lieferte er mit dieser Interessenverquickung ein Paradebeispiel für genau die Probleme ab, die wir an anderer Stelle im Ausschuss kritisch untersuchen wollten. Allein schon Hinweise auf solche sensiblen Punkte wurde von der sozialdemokratischen Ausschussmehrheit in der Regel höchst empört als ungehöriger Generalverdacht zurückgewiesen. Als unbefriedigend müssen jedenfalls auch die Befragungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Referat 51 gewertet werden, über die der Ausschuss ohnedies nur bruchstückhaft informiert wurde.

Die umfassende und sachgerechte Beratung in den Sitzungen wurde auch dadurch erschwert, dass sowohl in den Sondersitzungen zum Thema als auch in den ersten Sitzungen des eigentlichen Untersuchungsausschusses es zunächst nur mündliche Berichte gab und keine Berichtsvorlagen. Auch wurden die Protokolle der Sitzungen erst mit erheblichen Verzögerungen fertiggestellt. So lag beispielsweise von der Sitzung vom 13. Juni 2015 bis zur nächsten Sitzung am 21. August vor kein Protokoll vor. Das Protokoll der

---

<sup>78</sup> Niederschrift AFJH, 21.8.2015, S. 9.

Sitzung vom 21. August ging am 17. November, also drei Monate nach der Ausschusssitzung bei der CDU-Fraktion ein, es lag also für die Ausschussarbeit in der Sitzung vom 25. September noch nicht vor. Dies erschwerte es den Ausschussmitgliedern erheblich, sich zielgerichtet auf vorhergehende Sitzungen und deren Ergebnisse, nicht zuletzt aber auf dort aufgeworfene Fragen zu beziehen.

Die Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger fragen sich also zurecht, was nun die Konsequenzen aus dem Skandal sind und wie es überhaupt dazu kommen konnte. Diese Antworten hat der Aufklärungsprozess nicht geliefert. Einige Beteiligte tun weiter alles dafür, dass sich daran auch nichts ändert. Jeder, der dem Untersuchungsausschuss einmal live zugehört hat, kann das bestätigen. Dabei ist die Frage, durch welche Verquickung von Verwaltung, Vereinen und Verbänden es so weit kommen konnte und wie wir so etwas in Zukunft verhindern, von entscheidender Bedeutung. Für eine nachhaltige Aufklärung ist vor allem Öffentlichkeit gefordert: Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht aus dem Blick verlieren, dass vieles noch im Dunklen liegt, und wer es verbirgt.

## Fazit

**Wer wusste was wann? Wer musste etwas wissen? Wer konnte etwas wissen? Wie konnte das skizzierte System um Wissmann und Frings solange vermeintlich unbemerkt bleiben? Das sind die entscheidenden Fragen, die es zu beantworten galt oder weiterhin gilt.**

Nach gut einem Jahr blicken wir auf einen zähen Aufklärungsprozess zurück. Für die Öffentlichkeit in Gelsenkirchen und für uns sind aber immer noch viele Fragen offen.

*Lesen Sie Details zu allen Punkten im kompletten Bericht.*

**Aufklärungsarbeit mit angezogener Handbremse.** Es hat sich für uns gezeigt, dass die Aufklärungsarbeit von Beginn an unter erheblichen Geburtsfehlern litt. Dazu gehören nicht nur die unrühmlichen Umstände des Zustandekommens des Aufhebungsvertrages mit Alfons Wissmann, der sich dann auch als der befürchtete Klotz am Bein erwiesen hat, sondern vor allem auch die Schaffung der Rahmenbedingungen für den Ausschuss.

**Minderheitenrechte zur Aufklärung.** Es wäre ob der besonderen Umstände politisch geboten gewesen, in den Verfahrensrichtlinien einer qualifizierten Minderheit die Möglichkeit zu geben, Themen zu setzen und Gäste zu Sitzungen einzuladen. So aber konnte in diesem Ausschuss nur mit und nichts ohne die SPD-Mehrheitsfraktion entschieden werden. Wir halten das für politisch wenig sensibel: Aufklärung, Transparenz und ein offener Umgang in einem Skandal, bei dem die Hauptakteure ein SPD-Parteibuch hatten, sehen für die Öffentlichkeit und für uns anders aus.

**Die Pécs-Connection.** Aber warum war das so? Wurde hier das enge Beziehungsgeflecht der Pécs-Connection wirksam? Ein Gelsenkirchener Klüngel, der kein wirkliches Interesse an der Mitwirkung bei der Aufklärung hatte? Die SPD hat mit ihrer absoluten Mehrheit im Ausschuss jedenfalls alles

dafür getan, um das öffentliche Interesse zunächst auf die Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtung St. Josef zu richten, anstatt sich – was naheliegender gewesen wäre – mit den Strukturen im Jugendamt zu beschäftigen, die den Skandal wahrscheinlich erst möglich gemacht haben.

**Wer hätte etwas wissen müssen?** Für die CDU steht fest: Stadtdirektor Dr. Manfred Beck hätte wissen müssen, welche Geschäfte Jugendamtsleiter Alfons Wissmann und sein Stellvertreter Thomas Frings mit der Neustart Kft betrieben. Denn Beck hätte sich schon allein wegen der Umstände der Nebentätigkeitsanträge weiterhin für die Angelegenheit interessieren müssen. Wissmann hatte das Vertrauensverhältnis zu Beck erheblich belastet, als er zunächst bei seinem eigenen Nebentätigkeitsantrag wichtige Details im Unklaren ließ und danach in seiner Eigenschaft als Referatsleiter keine Bedenken hatte, Frings Antrag selbst zu befürworten, ohne sich für befangen zu halten. Das muss Dr. Beck spätestens im März 2005 klar gewesen sein. Und das hätte ihn misstrauisch machen müssen.

**Wer hätte etwas wissen können?** Auch andere Beteiligte aus der Stadtgesellschaft hätten mehr wissen können. Oberbürgermeister Frank Baranowski gehört dazu: Denn Wissmanns Nebentätigkeit beschäftigte im Herbst 2005 auf Anfrage der CDU-Fraktion auch den Hauptausschuss. So unmittelbar nach dem Skandal um den damaligen Sportbeauftragten der Stadt waren die Nebentätigkeiten städtischer Mitarbeiter ein großes Thema innerhalb der Stadtgesellschaft und der Politik. Hätte das nicht ein erhöhtes Maß an Sensibilität bei den Verantwortlichen insgesamt erfordert, wenn spezifische Fragen auftauchen?

**Wer wusste etwas?** Auch innerhalb des Jugendamtes gab es offenbar Wissen über Wissmanns, Frings und Meißners Geschäfte in Pécs und Orfű, über die Belegungspraxis in St. Josef und nicht zuletzt über die Interessenverquickungen zwischen Kinderschutzbund und Jugendamtsmitarbeitern. Wurden die Dinge nicht ganzheitlich

wahrgenommen oder nicht hinreichend hinterfragt? Oder war es Teil des Systems, Druck aufzubauen?

**Wer beteiligte sich an der Aufklärung?** Aufschlussreich waren für den Ausschuss die Berichte der ehemaligen Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtung St. Josef, aber auch die Informationen der St. Augustinus Heime GmbH. Der Kinderschutzbund zeigte sich schon weniger auskunftsfreudig. Andere, wie die Beteiligten selbst, das Jugendamt der Stadt Gladbeck oder die AWO, verweigerten sich der Befragung des Ausschusses sogar ganz. **Wir sagen: Wer nichts zu verbergen hat, kann auch in den Ausschuss kommen, Fragen beantworten und helfen, den Klüngel aufzuklären.** Einige entscheidende Akteure des Skandals haben sich aber dem Ausschuss entzogen.

**Und weiter?** Dieses Verhalten führt uns zu der Forderung, dass in Nordrhein-Westfalen künftig darüber nachgedacht werden muss, auch auf kommunaler Ebene das Instrument von Untersuchungsausschüssen zu schaffen, deren Kompetenzen denen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse auf Landes- und Bundesebene entsprechen. Außerdem erwarten wir als CDU vom Abschlussbericht der Verwaltung auch Hinweise darauf, welche strukturellen Konsequenzen die Verwaltung aus dem Jugendamtsskandal gezogen hat: Eine Closed-Shop-Mentalität und Intransparenz darf es nicht geben. Dies begünstigt fatale Entwicklungen, wie der Jugendamtsskandal gezeigt hat.

Verantwortlich für den Inhalt:  
Wolfgang Heinberg

***CDU-Ratsfraktion Gelsenkirchen***

Hans-Sachs-Haus, Ebertstr. 11,  
45879 Gelsenkirchen

Telefon 0209/169-2194/2777

Telefax 0209/169-2894

Internet: [www.cdu-fraktion-gelsenkirchen.de](http://www.cdu-fraktion-gelsenkirchen.de)

e-mail: [cdu-ratsfraktion@gelsenkirchen.de](mailto:cdu-ratsfraktion@gelsenkirchen.de)